

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 W.M., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 W.M., bei Postbestellung 3 W.M. Die Postbestellung erfolgt durch die Postämter. Die Postbestellung erfolgt durch die Postämter. Die Postbestellung erfolgt durch die Postämter.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeitung 20 W.M., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 2-spaltige Raumzeitung 10 W.M., die 1-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichsmark. Die 2-spaltige Raumzeitung 10 W.M., die 1-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Reichsmark.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 47 — 89. Jahrgang Leitz.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 25. Februar 1930

Schicksalschwere Tage.

Um es in die Erinnerung zurückzurufen: Es war vor allem eine Forderung der Zentrumspartei gewesen, daß die Behandlung und Beschlußfassung über den Young-Plan mit der Sanierung der Reichsfinanzen parallel gehen sollte. Und nun, da der Reichstag wieder zusammengetreten ist, um zur zweiten Lesung des Young-Plans zu schreiten, nachdem dieser in den gemeinsamen Sitzungen der Reichstagsausschüsse für das Auswärtige und den Haushalt ausgiebig durchgesprochen und durchleuchtet worden ist, ist die parlamentarisch-politische Lage so, daß von einer auch nur beginnenden Einigung über die Ausgabenbedeckung nicht gesprochen werden kann. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Führern der Koalitionsparteien sind bisher ergebnislos geblieben und der Reichsfinanzminister weiß höchstens, welche Steuererhöhungen oder sonstigen Ausgabenbedeckungen diese oder jene Partei nicht will. Daher blieb für Dr. Moldenhauer nichts anderes mehr übrig, als von sich aus nun schleunigst einen Deckungsplan auszuarbeiten, und zwar so, daß einigermaßen mit der Möglichkeit seiner Annahme durch die Parteien gerechnet werden kann. Denn leider ist in jenen Verhandlungen nicht bloß festgestellt worden, daß man sich nicht einigen kann, sondern auch der Verdacht aufgetaucht, daß mancherseits eine gleichzeitige Regelung der Finanzfragen und die Annahme des Young-Plans gar nicht für notwendig gehalten wird. Die schließlich gescheiterten Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Parteien hatten aber durchaus nicht nur den Zweck, sich „Informationen“ über die Haltung der Fraktionen über die verschiedenen Vorschläge der Regierung zu verschaffen, sondern es ist der wieder einmal verunglückte Versuch gemacht worden, in gemeinsamer Arbeit ein Finanzprogramm für die Bedeckung des gewaltigen Defizits zu finden. Zum mindesten ein solches Programm, das die Grundlinien festlegt und hierin die formelle Zustimmung der Regierungsparteien erhalten sollte, um ein späteres „Abspringen“ der einen oder der anderen Partei möglichst zu verhindern. Und wenn im Reichskabinett die Ausgabenbedeckung des Etats ausgearbeitet und — unter erheblichen Differenzen — auch genehmigt worden ist, so hat sich hiergegen auch schon heftige Kritik aus dem Lager der Regierungsparteien erhoben, weil eine Ausgabenbedeckung von irgendwie erheblichem Umfang nicht erfolgt sei; eine Kritik übrigens, die in den Kreisen der führenden Wirtschaftler sehr deutlich unterstrichen wurde.

So bleibt nur übrig, daß die Regierung nun mit einem etwas ultimativ anmutenden endgültigen Vorschlag, der sich in der Hauptsache auf solche „Grundlinien“ beschränkt, hervortritt. Mit der Erhöhung der Biersteuer haben sich die Regierungsparteien in ihrer Mehrheit schon abgefunden und der Preis dafür ist eine starke Heraussetzung der Summen, die aus dem Ertrag dieser Steuer den Ländern überwiesen werden sollen. Ganz offen ist aber vorläufig noch geblieben, wie die Deckung für das 300-Millionen-Defizit der Arbeitslosenversicherung beschaffen sein soll. Und hierfür also wird der neue Vorschlag Dr. Moldenhauers jenen leicht ultimativen Charakter tragen. Wobei zu bemerken ist, daß Ende dieser Woche die Entscheidung über den Young-Plan fällt, mithin auch die über die finanzielle Regelung fallen müßte.

Eine schicksalschwere Woche hat also begonnen. Die bekannten Schwierigkeiten wegen des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens haben auch eine Art Ultimatum der Regierung veranlaßt, das seine Wirkung übrigens schon ausübt in dem Sinne, daß manche Überstände gegen jenen Vertrag schwächer geworden sind. Somit ist in dieser Beziehung die Regierung zum eigentlichen Träger der Verantwortung geworden, die ihr gewiß nicht leicht fallen wird, die sie aber aus allgemeinpolitischen Gründen übernehmen zu müssen glaubt. Wie weit dies die Zustimmung der Fraktionen finden wird, dürfte sich auch sehr bald zeigen müssen; denn schließlich hat die letzte Verantwortung für alles, was in dieser Woche geschieht, doch immer nur der Reichstag als Vertretung des gesamten deutschen Volkes.

Leicht macht man sich dort die Übernahme dieser Verantwortung nicht. Die Verhandlungen der Reichstagsausschüsse zeugen von dem Willen, die folgenschwere Bedeutung des Young-Plans bis in seine letzten Ausstrahlungen hin zu prüfen. Ein gleiches wird wohl bei den Plenarsitzungen des Reichstages in den nächsten Tagen geschehen, wird geschehen müssen gerade wegen des folgenschweren Ernstes der Entscheidung, über der das „Endgültig“ und das „Unabänderlich“ des Neuen Planes steht. Und wegen der weiteren Tatsache, daß der Reichstag aus freiem Entschluß, nicht gezwungen und nicht genötigt, sein Ja oder Nein auszusprechen hat; daß er einen Beschluß fassen muß, dessen Auswirkungen nicht nur das Dasein der jetzt lebenden Generationen überschatten, sondern auch das der kommenden Geschlechter.

Lebt die Heimatzeitung

Um die Wohnungszwangswirtschaft

Wohnungsfragen vor dem Reichstag

für und wider die Wohnungsbewirtschaftung.

Berlin, 24. Februar.

Große Ereignisse sollen ihre Schatten vorauswerfen. Bei der heutigen Wiedereröffnung des Reichstages merkte man zunächst allerdings wenig davon, daß in den nächsten Tagen die mit so vielen Sonderberatungen bereits beachteten bedeutungsvollen Entscheidungen über die Young-Abmachungen, die Liquidationsabkommen und die gesamte Finanzlage des Reiches in allernächster Zeit im Parlament ihrer Lösung nähergebracht werden müssen. Unwichtig war aber auch das vorliegende Problem nicht. Die Abgeordneten unterhielten sich über die von der Regierung vorgeschlagene Verlängerung der Mieterschutzgesetze und die von der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei erneut angeregte Aushebung der Wohnungszwangswirtschaft. Der Arbeitsminister Bissell und die Redner von links bezeichneten es fast als Frevel, daran bei der fortbestehenden Wohnungsnot aus nur zu denken. Die Antragsteller bestritten derartige Anschauungen ebenso entschieden. Selbstverständlich ging es bei der Diskussion nicht ohne das Hervortreten der in der Natur der Sache liegenden scharfen Widersprüche ab.

Sitzungsbericht.

(130. Sitzung.) CB. Berlin, 24. Februar.

Der heute wieder zusammengetretene Reichstag hat auf seiner Tagesordnung die erste Beratung der Gesetzentwürfe zur Verlängerung der Mieterschutzgesetze und des Reichsmietengesetzes. Die Verlängerung soll bis Ende Juni 1932 gelten. Verbunden mit der Beratung werden die von der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwürfe zur Regelung des Mietwesens ferner stehen auf der Tagesordnung die Anträge der Kommunisten und der Wirtschaftspartei zur Aushebung der Hauszinssteuer, das Verlangen nach einem für das gesamte Reich geltenden Bauprogramm und ein sozialdemokratischer Antrag, die allgemeine Volkszählung zu verbinden mit genauen Feststellungen in Wohnungsfragen. In seiner Eingangsrede betont

Reichsarbeitsminister Bissell,
daß Mieterschutzgesetz und das Reichsmietengesetz müßten unbedingt in Kraft bleiben. An eine Änderung könne man erst denken, wenn ein erträgliches Angebot, namentlich an Kleinwohnungen, entliehen würde. Heute sei eine solche Voraussetzung in keiner Weise erfüllt. Zwar sei in einzelnen Teilen des Reiches durch die Vorkriegszeit der letzten Jahre die Wohnungsnot gemildert worden, aber das falle im allgemeinen gar nicht in Betracht. In den größeren und großen Städten ist die Wohnungsnot noch so groß, daß auch in absehbarer Zeit an eine Befreiung nicht zu denken sei. Bei den Auseinandersetzungen wurde hingewiesen auf Einzelpersonen, die über eine eigene Wohnung verfügten. Dieser Hinweis sei absolut hinfällig, denn diese Einzelpersonen seien in der Mehrzahl ältere und bekümmerte Witwen, die Zimmer vermieten. Sie aber als

Ursache der Wohnungsnot anzuführen, sei geradezu nach Gebühr heute die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben, so lämen Rändlungen in ungeheurer Anzahl. Der verstärkten Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt würde kein Angebot sich gegenüber befinden. Die bewirkten Miethöherungen müßten entweder zu wesentlichen Lohnsteigerungen oder zu direkten starken wirtschaftlichen und allgemeinen Störungen führen. Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen kann die Verlängerung der Mieterschutzgesetze nicht vermieden werden. Die Anträge der Wirtschaftspartei und der Wirtschaftspartei sind für die Regierung nicht annehmbar.

Sozialdemokraten gegen Änderungen.

Abg. Lipinski (Soz.) will die Annahme der Regierungsvorlage zur Verlängerung der Gesetze ohne Ausschussberatung. Nur wenn das geschehe, verzichteten die Sozialdemokraten auf die Stellung von anderen Änderungsanträgen. Solche Bedingungen, wie sie die Vorschläge der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei fordern, seien überhaupt nicht diskutierbar. Denfalls 120 Eingaben von Mieterorganisationen, die dem Redner zugegangen seien, sprechen sich gegen diese Anträge aus. Schon heute sei durch diese Vorschläge so starke Beunruhigung entstanden, daß die Regierung sich fragen müßte, ob man nicht durch besondere Bewirtschaftungsmittel eingreifen müßte. Die Wirtschaftspartei wolle nicht weniger, als die Mieten vom 1. Oktober ab etwa von den jetzigen 120 Prozent auf 200 Prozent Friedensmiete zu erhöhen. Es sei fernerlet Unterlage vorhanden, inwieweit der Grundbesitz durch Hypotheken belastet sei. Deshalb sollen bei der Volkszählung von 1931 auch hierüber Erhebungen vorgenommen werden.

Abg. Schumann (Komm.) greift besonders den preussischen Wohnungsmieterminister an, der unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun fortwährend auf die Forderung der so notwendigen Zwangsrentenwirtschaft hin arbeite. Die Hausbesitzer wollten nicht allein alle Lasten auf die Mieter abwälzen, sondern ein 30prozentige Erhöhung der Friedensmiete erreichen.

Gegen „Ausnahmegesetzgebung“.

Abg. Dr. Steiniger (Dn.) Die Deutschnationalen werden die Verlängerung der Zwangsrenten um 2 1/2 Jahre ablehnen. Die Notwendigkeit der bestehenden Ausnahmegesetzgebung sei nicht bewiesen. Das sogenannte Wohnungselend müsse von der Frage der Wohnungsnot völlig getrennt werden.

„Erträgliche Übergangswirtschaft.“

Abg. Winnefeld (D. Vp.) verbietet sich über die von seiner Partei gestellten Anträge und sagt, die Wohnungszwangswirtschaft könne nicht auf die Dauer erhalten bleiben. Es müßten wieder normale Verhältnisse hergestellt werden. Der Antrag der Deutschen Volkspartei bezwecke nichts anderes, als eine erträgliche Übergangswirtschaft zu schaffen.

Wünsche der Wirtschaftspartei.

Abg. Jörissen (Wirtschaftspartei) begründet die von seiner Partei gestellten Anträge auf Aushebung der Wohnungszwangswirtschaft und die damit in Verbindung stehenden Ausnahmegesetzgebungen. Die heutige Mietgesetzgebung führe zur Korruption; das Wohnungselend sei nicht auszurotten, solange die Armut nicht beseitigt sein würde. Darauf vertagte sich das Haus auf Dienstag.

Erfolgreiche deutsch-österreichische Handelsvertragsverhandlungen

„Hand in Hand der Sonne entgegen.“

Bundeskanzler Dr. Schober hat am Montag abend seinen Berliner Besuch beendet. Ähnlich wie aus Rom kann er auch aus Berlin mit einem Erfolg nach Wien zurückkehren. Einer der hauptsächlichsten Gründe der Reise des Bundeskanzlers nach Berlin war es bekanntlich, die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Österreich und Deutschland möglichst bald zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Die Besprechungen, die der Bundeskanzler mit den zuständigen deutschen Stellen in dieser Angelegenheit hatte, haben nun, wie amtlich mitgeteilt wird, zu einer Einigung über die wichtigsten bisher noch offenen Fragen geführt. Es kann danach mit Bestimmtheit erwartet werden, daß der deutsch-österreichische Handelsvertrag binnen kurzem zum Abschluß gelangen wird. Die noch zu vereinbarenden letzten Einzelfragen werden sofort nach Beendigung der Genfer Zollfriedenskonferenz durch die beiden Delegationen erledigt werden.

Große Genugtuung hat man in Berlin in politischen Kreisen über die Rede empfunden, die der Bundeskanzler Schober durch Rundfunk an seine „lieben deutschen Freunde“ richtete. In dieser Rede betonte der Bundeskanzler, daß Deutschland und Österreich der Wille gemeinsam sei, ein festes Fundament für eine Zukunft zu bauen, die Deutschland jenes Leben ermögliche, auf welches das deutsche Volk im Hinblick auf die Größe seiner Vergangenheit und seiner kulturellen Leistungen Anspruch habe. Der Kanzler schloß seine warm empfundenen Ausführungen mit dem Wunsche, daß mit der Haager Konferenz der Leidensweg des deutschen Volkes im Reiche und in Österreich ein Ende finden möge und daß von nun an die beiden deutschen Brüder Hand in Hand der Sonne entgegenkommen könnten.

Bundeskanzler Dr. Schober hat bei seinem Berliner Besuch ein fast überreiches Programm absolviert. Beratungen, Empfänge und Besichtigungen wechselten sich ständig ab. Dr. Schober wird in seine österreichische Heimat bestimmt den Eindruck mitgenommen haben, daß Deutschland die Zuneigung Österreichs zu seinem Stammesbruder herzlich erwidert und daß es alles tun wird, um die bestehende Freundschaft weiter liebevoll zu pflegen.

Die große deutsche Nation.

Erklärungen Schobers vor der Presse.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober hatte am Montag nachmittag die Vertreter der deutschen und der ausländischen Presse empfangen, denen er längere Erklärungen über die innere Lage und die internationale Politik Österreichs gab. Er stellte fest, daß die innenpolitischen Verhältnisse des Landes in fortschreitender Konsolidierung begriffen seien. Er wies darauf hin, daß die von ihm geführte Regierung sich mit aller Energie den wirtschaftlichen Fragen zuwenden und er-

In der nächsten Nummer beginnen wir mit dem Abdruck eines außergewöhnlich spannenden Kriminalromans von Bert Dehmann

Die höhnende Kette

Die Fortsetzungen erscheinen jeweilig in ganzen Seiten Mittwochs und Sonnabends und werden unseren Lesern und Leserinnen gediegene und willkommene Lektüre bieten.